

# **PRESSEMITTEILUNG**

## **10. Juni 2011**

### **Volksbegehren Grundschule beantragt die 2. Phase zur Durchführung des Volksbegehrens**

#### **SPD gibt die Ganztagschule preis**

Bei dem Versuch das Volksbegehren mit einem Kompromiß zu beenden, haben die Initiatoren des Volksbegehren Grundschule feststellen müssen, dass die SPD-Fraktion die Personalsituation auch in der kommenden Legislaturperiode NICHT verbessern will. In dieser zentralen Forderung des Volksbegehrens konnte es keine Einigung geben – auch deshalb weil erneut auf der Veranstaltung WA FO EUE? Was fordern Eltern und ErzieherInnen? am vergangenen Montag im Schöneberger Rathaus, klar wurde, dass die Schulreform – bei gleich bleibend minderer Personalausstattung – scheitern muss. In der Verhandlungsrunde wurde auch klar, dass die anwesenden Politiker ohne jemanden aus dem Fachressort sprich der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht auskommen, um die Zusammenhänge der einzelnen Forderungen zu erkennen und mit Zahlen zu belegen. Bei aller Kritik, die der Bildungssenator Herr Zöllner in der Vergangenheit hat einstecken müssen, aber damals saßen wir beim Volksbegehren Kita einfach einer kompetenteren Mannschaft gegenüber, die besser vorbereitet war. Sich allein auf unsere Zahlen zu verlassen, sagt schon viel. Da helfen auch nicht so lapidare Äußerungen von Herrn Müller, eine ErzieherIn kann auch mit 35 Kindern eine gute sozialpädagogische Arbeit machen.

#### **102 Forderungen aus der Praxis prallen ab**

Aus vielen der 102 Forderungen der Veranstaltung ist abzulesen, dass die Ganztagsbetreuung in Berlin in der Umsetzung zu scheitern droht: Zu tief haben die Sparmassnahmen der letzten Jahre in die Handlungsfähigkeit der Schulen eingegriffen und bestehende Strukturen zerstört. Wenn nun damit gedroht wird, in einem sogenannten „Schulfrieden“ für einen längeren Zeitraum keine Änderungen mehr vornehmen zu wollen, so kann nur festgestellt werden: Ein Reformmodell, dass von Anfang an mangelhaft ausgestattet war, wird nicht besser durch abwarten. Um diese Leichenstarre zu verhindern, bleibt nur der Weg der Einflussnahme.

#### **Wutbürger ist das neue Schimpfwort**

Mit Erstaunen muss festgestellt werden, dass die Bürger dieses Landes, die sich für Bildung engagieren von Mitgliedern der Regierung mit dem Begriff „Wutbürger“ bezeichnet werden. Wenn direkte Demokratie als Bedrohung verstanden wird, wenn der politische Wille der Bürger – der sich verfassungsgemäß in Volksbegehren äussern darf – als Störung der parlamentarischen Demokratie dargestellt wird, dann stellt sich die Frage, wo die Sozialdemokratie gelandet ist. Offenbar haben Teile der Regierungsmannschaft weder das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 6.10.2009 gelesen, dass die Initiatoren für das Verfahren des Volksbegehren erstritten haben, sondern es scheint so, dass auch Teile der Verfassung in Frage gestellt werden – obwohl man diese Verfassung bereitwillig geändert hatte, in den Koalitionsvereinbarungen.

## **„Alles oder Nichts“**

war der zockende Blick des Fraktions- und Parteiversitzenden der SPD auf die Erfolgsaussichten eines kommenden Volksentscheides. Klar wurde, das es der SPD nicht um die Sache, die aktuellen Bedarfe der 6-12 jährigen Kinder in den Grundschulen nach dem fehlenden Gesamtkonzept für die Ganztagschulen aus dem Jahre 2005 zu erkennen, Verbesserung bei der Personalausstattung sind mit ihm nach der Verschlechterung des Personalschlüssels von 2002/3 von 1:16 auf 1:22 nicht zu machen. Da die Rücknahme dieser Verschlechterung allerdings eine zentrale Forderung des Volksbegehrens ist, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Und so entsteht jetzt die Situation, dass die Ziele des Volksbegehren-Grundschule in den Parteiprogrammen stehen, es aber trotzdem erforderlich wird, dass Volksbegehren durchzuführen. Denn bereits heute ist deutlich zu erkennen: Tapezieren sie mit den Wahlprogrammen ihre Laube, denn so erfüllen sie noch einen Zweck! Denn eines ist auch klar, die angebotenen Punkte, die Lückeschließung ab 2012/13 hätte die Regierungskoalition ja in den zahlreichen Anträgen der Grünen im Bildungsausschuss in der jüngsten Vergangenheit schon längst realisieren können, haben das aber immer strikt abgelehnt. Sie könnten das sogar jetzt noch tun, schließlich soll es ja noch einen parlamentarischen Korridor für ein Gesetz bis zum 18.Sept. 2011 geben. Das gleiche gilt für den Wegfall der Bedarfsprüfung in einem Stufenplan bis 2017 durch einen eigenen Antrag. Rot-Rot kann es doch machen, dazu braucht es keine Verhandlung mit den Initiatoren des Volksbegehren. Ansonsten kommt die Lückeschließung ohnehin entweder durch die neu gewählte Regierung oder durch den Volksentscheid.

## **Unterstützen Sie das Volksbegehren-Grundschule**

Mit der Abgabe des Verlangens zur Durchführung des Volksbegehrens am heutigen Tage ist das Volksbegehren-Grundschule nicht mehr zu stoppen, denn die geänderte Berliner Verfassung sieht dies nicht mehr vor! In 30 Tagen wird nun die Sammlung von 172.000 Unterschriften gestartet – unterschreiben Sie! Denn Bildung hat eine hohe Rendite, Bildung entwickelt unsere Gesellschaft zu mehr Erfolg, zu mehr Ertrag! Lassen Sie uns gemeinsam die Bildungsmisere beenden, nehmen Sie Einfluss, nutzen Sie die direkte Demokratie! Helfen Sie mit, Berlins Grundschulen besser zu machen!

Die Unterschriftsbögen werden in vielen öffentlichen Dienststellen ausliegen, sie können bei den Initiatoren angefordert werden und stehen auf [www.volksbegehren-grundschule.de](http://www.volksbegehren-grundschule.de) in Kürze zum download zur Verfügung.

Unterstützen Sie die Initiative mit einer Spende: <http://www.volksbegehren-grundschule.de/spenden.html>

## **Was sind die vier wesentlichen Forderungen des Volksbegehrens Grundschule ?**

### **1. Wegfall des Bedarfsprüfungsverfahrens für den Hort**

Wir wollen für alle Kinder einen freien Zugang zu den Ganztagsangeboten der Grundschulen bis 18.00 Uhr durch **Wegfall des Bedarfsprüfungsverfahrens** von der 1. – 6. Klasse. Kein Kind soll auf Grund der beruflichen bzw. privaten Situation der Eltern von den Förderungs- und den Betreuungsangeboten ausgeschlossen werden. Kinder brauchen neben der Wissensvermittlung pädagogisch angeleitete Erfahrungswelten für ihre Entwicklung. Gegenwärtig werden nur 3.103 Module in der 5. und 6. Klasse sonderpädagogisch gefördert. In den Klassen 1 – 4 sind es 65.381 Module. (lt. kleiner Anfrage von M. Barth Drucksache 16/14018, vom 20. Januar 2010). Wir gehen davon aus, dass bei Wegfall der Bedarfsprüfung in der 1.- 6. Klasse insgesamt zusätzlich ca. 15.000 Module von den Eltern für Ihre Kinder gebucht werden würden.

### **2. Mittagessen für alle Kinder**

Wir wollen, dass jedem Kind die Möglichkeit angeboten wird, in der Gemeinschaft an der Grundschule an dem geförderten Mittagessen teilzunehmen. Dieses ist als ein pädagogischer Baustein zu verstehen, um soziale Ausgrenzung auf Grund von Kosten zu vermeiden.

Essen soll für alle Kinder als gemeinsame Kultur verstanden werden können; gesunde Ernährung ist die Grundlage für eine hohe Lernbereitschaft. Die momentane **Ungerechtigkeit in der Verteilung der Subvention ist abzuschaffen.**

### **3. Verbesserung der Personalausstattung**

Wir wollen für unsere Kinder die personellen Rahmenbedingungen in den Horten durch ein **Herabsetzen der Erzieher-Kind-Relation** verbessern: Und zwar von 22 Kindern auf 16 Kinder pro pädagogischer Fachkraft. An den vorhandenen Gruppengrößen selbst ändert sich dadurch nichts.

Eine Verbesserung der sozialpädagogischen Angebote stützt das Konzept der Ganztagschule elementar, denn es hilft den Lehrern, sich auf den Unterricht zu konzentrieren.

Der Anspruch auf Personalzuschläge mit ihren jeweiligen Stellenanteilen, für Integrationskinder, für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen bzw. in benachteiligten Wohngebieten wird erstmals rechtlich durch Aufnahme im § 19 Schulgesetzes gesichert. Hierbei werden die Ansprüche behinderter Kinder mit erhöhtem Förderungsbedarf, die jetzt lediglich einen Personalzuschlag von 0,125 Stellenanteilen erhalten, auf 0,25 Stellenanteilen verbessert, was den Zuschlägen in der Kita entspricht. Diese Anpassung ist leider bei der Verlagerung an die Grundschulen 2005 schlicht weg außer Acht gelassen worden.

### **4. Wie wird die Qualität gesichert?**

Heute orientieren sich die Grundschulen für Qualitätssicherungsprozesse an dem „Leitbild für die offene Ganztagsgrundschule vom 30.11.2004, das eingebettet ist in die strukturellen Rahmenbedingungen des Schulgesetzes, der Grundschulverordnung und inhaltlich mit den Rahmenlehrplänen.

Ziel des im Dezember 2009 veröffentlichten „**Berliner Bildungsprogramms für den offenen Ganztagsbetrieb**“ – das auf dem Leitbild für die offene Ganztagschule vom 30.11.2004 basiert – ist es, die Akteure der Ganztagsgrundschulen in ihrer Interpretationsaufgabe zwischen den verbindlichen Vorschriften und den realen Voraussetzungen an der jeweiligen Einzelschule zu unterstützen, ohne die Ergebnisse normieren zu wollen.

Die Berliner Schulen erhalten durch die Handhabe des Berliner Bildungsprogramm für die Ganztagschule **sofort die Möglichkeit** in einem gesicherten Methodischen Rahmen eigene Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, und dabei die Rahmenbedingungen der Schulverwaltung zu erfüllen. Von einem verbindlichen Leitfadens, der bereits fertig ist und keine weitergehenden Kosten erzeugt, können alle Akteure profitieren. Besonders die Qualität des nicht normativen Ansatzes des Berliner Bildungsprogramms für die Ganztagschule unterstützt die Entwicklungen eigenständiger tragfähiger Schulkonzepte.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Bildungsprogramme ein geeignetes Instrument sind, um die Bildungsqualität und das Bildungsbewusstsein positiv zu beeinflussen. Diese Erfahrung ist auf die Grundschule übertragbar und entspricht dem Leitbild europäischer Bildungsplanung. Deshalb wollen wir das Berliner Bildungsprogramm für den Ganztagsbetrieb als Orientierungshilfe für die Berliner Schulen in §19 des Schulgesetzes verankern.

### **Wer sind die Träger des Volksbegehrens-Grundschule und wer unterstützt sie?**

Das Volksbegehren-Grundschule ist eine Initiative aus Mitgliedern der Landeselternausschüsse SCHULE und KITA. Dabei werden sie unterstützt von Bezirkseleiternausschüssen der jeweiligen Gremien, den Gewerkschaften VERDI und GEW, von Verbänden und freien Trägern und natürlich von vielen Berliner Eltern.

### **Eltern sprechen für ihre Kinder! Kinder brauchen eine Lobby!**

#### **Volksbegehren-Grundschule**

#### **„Grundschulkindern, leben und lernen in der Ganztagschule, 1+ für Berlin“**

c/o Burkhard Entrup  
Trägersprecher  
Hagelberger Str. 22  
10965 Berlin

Kontakt: 030 – 694 39 60 Mobil 0173 / 9 48 78 55

e-mail: [info@volksbegehren-grundschule.de](mailto:info@volksbegehren-grundschule.de)

[www.volksbegehren-grundschule.de](http://www.volksbegehren-grundschule.de)